

UNIONSFRAKTION

Das große Zittern geht weiter

Heute Abend endet das Ultimatum der Fraktionsspitze an die Unionsabgeordneten: Sie sollen Auskunft über etwaige Maskengeschäfte geben.

VON HAGEN STRAUß

BERLIN. Der Magdeburger CDU-Bundestagsabgeordnete Tino Sorge gehörte mit zu den ersten. So wie sein Parteikollege Marc Biadacz aus Böblingen. Beide unterzeichneten noch am Mittwochabend die Erklärung, die die Unionsfraktionsführung ihren Parlamentariern vorgelegt hatte. Andere beteuerten ebenfalls zügig per Unterschrift, keine persönlichen oder finanziellen Vorteile aus der Coronapandemie gezogen zu haben – so auch die CDU-Abgeordneten aus dem Kreis Ludwigsburg, Steffen Bilger und Eberhard Gienger (Text unten). Das große Zittern in der Union geht aber weiter – auch, weil prompt der nächste Rücktritt erfolgte.

Laut der Vorgabe von Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt müssen bis heute Abend alle Mitglieder der Fraktion mitteilen, ob sie durch Geschäfte mit Schutzmasken und anderem medizinischen Material Kasse gemacht haben – so wie Georg Nüßlein (CSU) und Nikolas Löbel (CDU).

Thüringer Parlamentarier legt sein Mandat nieder

Die Enthüllungen über die Deals der Abgeordneten lösten die sogenannte Maskenaffäre aus. Nüßlein und Löbel sollen mit fragwürdigen Abmachungen viel Geld verdient haben. Sie gehören der Fraktion nicht mehr an, Löbel gab auch sein Bundestagsmandat zurück. Inzwischen hat ein weiterer CDU-Mann die Segel gestrichen, aber nicht wegen Maskendeals: Mark Hauptmann aus Thüringen, Chef der „Jungen Gruppe“ in der Fraktion, der auch Löbel angehört hat. Er legte gestern sein Mandat nieder. Ihm waren dubiose Geldgeschäfte und Kontakte mit Aserbaidschan vorgeworfen worden. Die Anschuldigungen seien falsch, so Hauptmann. Er trete aber wegen der „Anfeindungen und Verdächtigungen“ zurück.

Folgen weitere der mittlerweile nur noch 243 Abgeordneten? Das ist die große Frage. „Wasserstandmeldungen“ werde man nicht abgeben, hieß es aus der Fraktionsspitze. Zwar geht



In schwerem Fahrwasser: die Bundestagsfraktion von CDU und CSU.

Foto: Michael Kappeler/dpa

man nicht davon aus, dass jemand erst kurz vor knapp seine Erklärung einreichen wird. Aber erst heute wird man endgültig wissen, wer dies nicht getan hat. Doch was dann? Ein Verbleib in der Fraktion gilt für den oder diejenige dann wohl als ausgeschlossen. Man will aufräumen.

Der Druck ist schließlich immens. In Umfragen ist die Union erheblich abgerutscht – und das vor den Landtagswahlen am Sonntag in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

In beiden Ländern sieht es laut Demoskopien nicht sonderlich gut aus für die CDU. Außerdem sind die Wahlen richtungsweisend auf dem Weg zur Bundestagswahl im September und womöglich hinsichtlich der Kanzlerkandidatur. Die Sorge ist jetzt groß, dass die C-Parteien nachhaltig Schaden nehmen – wie einst durch die Spendenaffäre 1999/2000.

Auch der Vorstoß von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), eine Liste der Abgeordneten vorzule-

gen, die sich zu Beginn der Pandemie für Firmen eingesetzt haben, hat viele beunruhigt. Die Angst vor falschen Verdächtigungen geht um, weil die übergroße Mehrheit der Parlamentarier Angebote nur weitergeleitet hat, ohne persönlichen Vorteil daraus zu ziehen. Da Datenschutz- und persönlichkeitsrechtliche Fragen beachtet werden müssen, dürfte Spahns Liste keine reine Namensliste werden. Wann sie vorliegen wird, ist offen.

► Bilger und Gienger haben schon unterzeichnet

Die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Landkreis Ludwigsburg, Steffen Bilger und Eberhard Gienger, teilten gestern auf Anfrage mit, dass sie bereits die Erklärung an die Unionsfraktionsspitze unterzeichnet haben.

Gienger sagte gestern: „Für mich gab es da nichts zu zögern. Ich habe die Erklärung gleich am Donnerstag unterschrieben.“ Bilger begrüßte das Handeln der Fraktionsführung, „um schnellstmöglich Klarheit zu schaffen und eine klare Linie auch für die Zukunft zu ziehen“.

Beide Politiker verurteilen das Handeln von Georg Nüßlein und Nikolas Löbel. Bilger meinte, es sei



Steffen Bilger. Fotos: LKZ-Archiv

schlimm, dass in der Hochphase der Pandemie „Abgeordnete nur auf ihren persönlichen finanziellen Vorteil bedacht waren“. Eberhard Gienger sagte, dass Nüßlein und Löbel durch ihr Verhalten nun am öffentlichen Pranger stehen. „Damit werfen sie ein schlechtes Licht auf die Partei und auf die ge-



Eberhard Gienger.

samte Politik.“ An Gienger sind nach eigenen Angaben während der Coronapandemie keine Organisationen herangetreten, die Schutzausrüstung vermitteln oder erwerben wollten. Er wurde einzig durch eine Landtagskollegin auf einen Lieferanten in Brackenheim aufmerksam gemacht, der noch nicht be-

zahlt worden war. Seine Anfrage beim Bundesgesundheitsministerium habe ergeben, dass die Brackheimer Firma lediglich ein Subunternehmer war. Die Firma, mit der der Bund eigentlich das Geschäft machte, sei wegen einer Beanstandung der Lieferung durch den Bund noch nicht ausbezahlt worden.

Bilger sagte, Organisationen mit Bedarf an Schutzausrüstung, die sich an ihn wandten, hätten dabei lediglich auf ihre Lage aufmerksam machen wollen. Anbieter von Schutzausrüstung habe er an das damals gültige „Open House“-Verfahren des Gesundheitsministeriums verwiesen. (fb)